



Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

17/2015 24.04.2015

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Assoz. Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Franz Leidenmühler

Europarecht

Die Rechtsordnung der Europäischen Union

Das Buch „Europarecht. Die Rechtsordnung der Europäischen Union“ wurde speziell für die Bedürfnisse des universitären Europarechtsunterrichts entwickelt. Es wird zugleich aber auch den Anforderungen eines Grundrisses für die Praxis gerecht. Das Buch vermittelt in einer strukturierten und auf das Wesentliche konzentrierten Form ein grundlegendes Verständnis von Aufbau und Funktionsweise der Rechtsordnung der Europäischen Union.

35 Euro, XXI und 284 Seiten, Harteinband, gebunden, Stand 1. Juli 2013, ISBN 978-3-902883-08-7

I. Bundesgesetzblatt

BGBI I 43/2015

Ausspruch des Verfassungsgerichtshofes, dass § 82 Abs. 1 zweiter Satz des **Verfassungsgerichtshofgesetzes 1953** verfassungswidrig war

BGBI I 44/2015

Bundesgesetz, mit dem das **Versicherungsaufsichtsgesetz 2016** geändert wird (Verweisanpassung)

BGBI I 45/2015

Bundesgesetz, mit dem das **Privatuniversitätengesetz** geändert wird (Veröffentlichungspflicht für wissenschaftliche Arbeiten an Privatuniversitäten)

BGBI I 46/2015

Bundesgesetz, mit dem das **Hochschul-Qualitätssicherungsgesetz** geändert wird (Möglichkeit der Ombudsstelle, von sich aus tätig zu werden)

[BGBl I 47/2015](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Studienförderungsgesetz 1992** geändert wird (Gleichstellungsvoraussetzungen für ausländische Studierende bei Studienförderungsmaßnahmen und Vermeidung von Doppelförderungen)

[BGBl I 48/2015](#)

Bundesgesetz, mit dem die **Gewerbeordnung 1994** geändert wird (Einschränkung der Erfordernisse Bedarfsprüfung, Kehrgebiete und Niederlassung auf sicherheitsrelevante Tätigkeiten der Rauchfangkehrer)

[BGBl I 49/2015](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb 1984** – UWG geändert wird (UWG-Novelle 2015) (ergänzende Umsetzung einzelner erläuternder Tatbestände von Art 6 bis 9 der RL über unlautere Geschäftspraktiken)

[BGBl I 50/2015](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Familienlastenausgleichsgesetz 1967** geändert wird (antragslose Gewährung der Familienbeihilfe anlässlich der Geburt)

[BGBl I 51/2015](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Umweltförderungsgesetz (UFG)** geändert wird (Zusagerahmen für die Förderung der Siedlungswasserwirtschaft in der Höhe von jeweils 100 Mio Euro in den Jahren 2015 und 2016)

[BGBl I 52/2015](#)

Bundesgesetz, mit dem das Meldegesetz 1991, das Passgesetz 1992, das Waffengesetz 1996 und das Gesetz über das Bundesamt zur Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung geändert werden (**Sicherheitsverwaltungs-Anpassungsgesetz 2015** – SVAG 2015) (Möglichkeit, eine Meldung an der Adresse einer Betreuungsstelle vorzunehmen; Steigerung des Bürgerservices und der Verwaltungseffizienz; Ermöglichung der Entgegennahme von Gerichtsmitteilungen nach § 107 Außerstreitgesetz)

[BGBl II 84/2015](#)

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, mit der die **Verpackungs-holz- Kontroll- Verordnung** geändert wird

II. Amtsblatt der EU

[ABI L 100 v 17.04.2015, 1](#)

Beschluss (EU) 2015/601 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. April 2015 über eine **Makrofinanzhilfe** für die Ukraine

III. Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof, Verwaltungsgerichte

A. Verfassungsgerichtshof

04.03.2015, [G 167/2014](#), [V 83/2014 ua](#)

TierschutzG; Abweisung eines Individualantrags betreffend die Einbeziehung der **Ausbildung von Tieren zum Zweck der Jagd**, wie Jagdhunden, in den **Anwendungsbereich des Tierschutzgesetzes**; Haltung und Ausbildung der Tiere

vom Kompetenztatbestand „Tierschutz“ erfasst; kein Verstoß gegen die Rücksichtnahmepflicht durch Beschränkung der zulässigen Maßnahmen bei der Ausbildung im Hinblick auf das Verbot der Tierquälerei; Zurückweisung der Anträge auf Aufhebung von Verordnungen betr die Ausbildung von (Dienst-)Hunden mangels Darlegung der unmittelbaren Betroffenheit

05.03.2015, [V 96/2014](#) (Anlassfall [B 1/2013](#))

Bgld RaumplanungsG; Gesetzwidrigkeit einer **Änderung des Teilbebauungsplans** „Ortskern“ der Marktgemeinde Donnerskirchen infolge Nichteinhaltung von Verfahrensvorschriften; kein Vorliegen der Voraussetzungen für den Entfall der Auflage des Planentwurfes mangels Dokumentation einer notwendigen geringfügigen Plankorrektur

11.03.2015, [E 133/2014](#); [E134/2014 ua](#)

StraßenverkehrsO; Verletzung im Gleichheitsrecht durch Verhängung einer Verwaltungsstrafe infolge bewilligungsloser **Benützung einer Straße zu verkehrsfremden Zwecken** wegen Durchführung einer Mitgliederwerbung für einen Verein; Unterlassung der Ermittlungstätigkeit hinsichtlich der mit der Sondernutzung verbundenen Beeinträchtigung der Sicherheit, Leichtigkeit und Flüssigkeit des Verkehrs

11.03.2015, [E 968/2014 ua](#)

VersammlungsG; keine Verletzung der Versammlungsfreiheit durch **Untersagung der Versammlung** „Fahrradkundgebung zur Einhaltung der gesetzlichen Lärm- und Abgaswerte“ auf Teilbereichen der Autobahn A1 bei Salzburg wegen der zu erwartenden weiträumigen extremen Störung des Straßenverkehrs

12.03.2015, [G 151/2014 ua](#)

BFA-VerfahrensG; Konzept eines **einheitlichen Rechtsmittels gegen verschiedene Beschwerdegegenstände**, nämlich Schubhaftbescheid, Festnahme oder Anhaltung, verfassungsrechtlich gedeckt; jedoch Aufhebung der Bestimmungen über die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes in **Verfahren über Schubhaftbeschwerden** wegen Verstoßes gegen das Gebot der präzisen Regelung infolge Fehlens ausdrücklicher einheitlicher Verfahrensregelungen; keine Verfassungswidrigkeit der dem Bundesverwaltungsgericht übertragenen Kontrolle über die Fortsetzung der Schubhaft

12.03.2015, [E 4/2014](#)

BFA VerfahrensG; Aufhebung des angefochtenen Erkenntnisses im Anlassfall hinsichtlich der Entscheidung über die Verhängung der Schubhaft und der Anhaltung; Verletzung im Recht auf persönliche Freiheit durch den Fortsetzungsausspruch mangels Entscheidung binnen einer Woche; teils Zurückweisung und Ablehnung der Beschwerde

12.03.2015, [E 29/2014](#); [E 453/2015](#); [E 532/2014](#); [E 719/2014](#)

BFA VerfahrensG; Aufhebung des angefochtenen Erkenntnisses hinsichtlich der Verhängung der Schubhaft und Anhaltung wegen Anwendung einer verfassungswidrigen Gesetzesbestimmung; im Übrigen Ablehnung der Beschwerdebehandlung

B. Verwaltungsgerichtshof

08.01.2015, [Ra 2014/08/0064](#)

VwGG; mit dem Vorbringen, dass das VwG zu Unrecht von vier beantragten Zeugeneinvernahmen abgesehen habe, wird keine Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung aufgezeigt; die Notwendigkeit einer **Beweisaufnahme** unterliegt der einzelfallbezogenen Beurteilung des VwG; eine **Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung** läge nur bei einer grob fehlerhaften Beurteilung, die zu einem die Rechtssicherheit beeinträchtigenden unvertretbaren Ergebnis geführt hätte, vor

20.01.2015, [Ro 2014/05/0098](#)

VwGVG; bei verfassungskonformer Auslegung des § 54 VwGVG kann gegen die Entscheidung eines **Rechtspflegers des VwG** in keinem Fall eine Revision, sondern ausschließlich das (remonstrative) **Rechtsmittel der Vorstellung** beim zuständigen Mitglied des VwG erhoben werden

29.01.2015, [Ra 2015/07/0001](#)

VwGVG; eine **Zurückverweisung der Sache an die Verwaltungsbehörde** zur Durchführung notwendiger Ermittlungen kommt in Betracht, wenn die Verwaltungsbehörde jegliche erforderliche Ermittlungstätigkeit unterlassen, lediglich völlig ungeeignete Ermittlungsschritte gesetzt, oder bloß ansatzweise ermittelt hat; gleiches gilt, wenn konkrete Anhaltspunkte annehmen lassen, dass die Behörde Ermittlungen unterlassen hat, damit diese vom VwG vorgenommen werden

18.02.2015, [Ra 2015/04/0009](#)

VwGG; es liegt keine **grundsätzliche Rechtsfrage** vor, wenn das Gesetz selbst eine eindeutige Regelung trifft; lassen sich die relevierten Rechtsfragen somit unmittelbar aufgrund des Gesetzes und seiner Materialien zweifelsfrei lösen, stellt sich insoweit keine derartige Rechtsfrage

24.02.2015, [2013/05/0020](#)

BauO für Wien; die **qualifizierte Instandsetzungs- und Herstellungspflicht für Gebäude** in Schutzzonen besteht nur bei wirtschaftlicher Zumutbarkeit; ein öffentliches Interesse, das die Behörde zum Einschreiten ermächtigt, ist immer schon dann gegeben, wenn durch den bestehenden Zustand eine Gefahr für das Leben, die Gesundheit oder körperliche Sicherheit einer Person herbeigeführt oder vergrößert werden kann; die Beurteilung eines Mangels als Baugebrechen, ist unabhängig davon, wann das Gebäude erbaut wurde; provisorische Maßnahmen beseitigen ein bestehendes Baugebrechen nicht

24.02.2015, [2013/05/0098](#)

Wr KehrVO; die **Verpflichtung eines Rauchfangekehrers nach § 17 Abs 1 Wr KehrVO** ist als Auffangbestimmung zu verstehen, die alle – nicht unter Abs 2 par cit fallenden – Mängel sowohl in allgemein zugänglichen Teilen des Hauses als auch in Wohnungen umfasst; diese Bestimmung umfasst also nicht nur Mängel an den Rauch- und Abgasfängen selbst, weshalb auch schadhafte Holzlaufstege und abgerostete Rückenwehren der Handläufe der Laufstege unter diesen Tatbestand fallen können

24.02.2015, [2015/05/0001](#)

VwGG; bei einer Bescheidbeschwerde in der ggst maßgeblichen Fassung vor der Novelle BGBl I 51/2012 ist unter einer „**Klaglosstellung**“ nach § 33 Abs 1 und § 56 erster Satz VwGG nur eine solche zu verstehen, die durch eine formelle Aufhebung des beim VwGH angefochtenen Bescheids eingetreten ist; § 33 Abs 1 VwGG ist aber nicht nur auf die Fälle der formellen Klaglosstellung beschränkt; ein **Einstellungsfall** liegt auch dann vor, wenn der Bf kein rechtliches Interesse mehr an einer Sachentscheidung des Gerichtshofes hat

27.02.2015, [Ra 2014/22/0122](#)

VwGG; die Beschränkung des **Ausspruchs** nach § 25a Abs 1 VwGG **über die Unzulässigkeit der ordentlichen Revision** auf die Wiedergabe des Gesetzeswortlauts führt für sich betrachtet noch nicht dazu, dass die Voraussetzungen des Art 133 Abs 4 B-VG gegeben wären

18.03.2015, [2013/10/0141](#)

Oö NaturschutzG; die **Bewilligungspflicht für geländegestaltende Maßnahmen** gem § 5 Z 15 Oö NaturschutzG wird bereits dann ausgelöst, wenn die Maßnahmen (Abtragungen oder Aufschüttungen) auf einer Fläche von mehr als 2.000 m² durchgeführt werden und dabei an mindestens einer Stelle die Höhenlage um mehr als 1 m geändert wird

19.03.2015, [Ra 2014/06/0020](#)

VwGVG; mit der erfolgten Spruchänderung im verwaltungsgerichtlichen Erkenntnis gegenüber dem behördlichen Bescheid wurde zum Ausdruck gebracht, dass der ggst bestehende Bau rechtmäßig ist und der festgelegten Widmung nicht entspricht; vor einer solchen, auch den Sachverhalt berührenden Änderung des Spruchs hätte das VwG jedoch eine öffentliche **mündliche Verhandlung gem § 44 Abs 1 VwGVG** durchzuführen gehabt

24.03.2015, [2013/03/0064](#)

ORF-G; der ORF hat seinen **öffentlich-rechtlichen Auftrag** dadurch zu erfüllen, dass er in den Programmen nach § 3 Abs 1 Z 2 ORF-G alle **Programmziele** im Auge behält; es ist ihm untersagt, in der Gestaltung seiner Programme ORFeins und ORF 2 die auf **Spartensender** ausgelagerten Aufgaben vollständig unberücksichtigt zu lassen; die Anordnung, dass die Kategorien Information, Kultur, Unterhaltung und Sport in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen müssen, bezieht sich aber auf das Gesamtprogramm und geht damit über die Fernsehprogramme ORFeins und ORF 2 hinaus

24.03.2015, [2013/05/0221](#)

Oö RaumordnungsG; Bauten und Anlagen im Grünland dürfen nur errichtet werden, um dieses bestimmungsgemäß zu nutzen; die bauliche Anlage muss zur widmungsgemäßen Nutzung des Grundstückes notwendig sein, eine bloße „Nützlichkeit“ ist nicht ausreichend; das Vorbringen, die Nutzung der ggst Liegenschaft als Holzlagerplatz diene der Versorgung des Hauses mit Brennmaterial und die projektierte Stütz- und Einfriedungsmauer sei nötig, um ein Abrutschen des Hangs zu verhindern und das „Trenngrün“ abzusichern, legt nicht dar, inwieweit diese Mauer nötig ist, um eine Trennfläche bestimmungsgemäß iSd § 30 Abs 5 erster Satz leg cit zu nutzen

24.03.2015, [Ro 2014/05/0013](#)

ZustellG; wer „Empfänger“ eines behördlichen Schriftstücks ist, hängt von der Zustellverfügung ab; die Zustellung an eine Person, die entsprechend der Zustellverfügung zu Unrecht als **Zustellungsbevollmächtigter** der Partei angesehen wird, vermag gegenüber der Partei keine Rechtswirkungen zu entfalten, dies selbst im Fall des tatsächlichen Zukommens an die Partei; auch bewirkt weder die bloße Kenntnisnahme von einem Bescheid noch die private Anfertigung einer Fotokopie davon noch etwa die Übermittlung einer Telekopie durch eine von der Behörde verständigte andere Person, dass das Schriftstück tatsächlich zugekommen und eine Heilung des Zustellmangels eingetreten ist

24.03.2015, [Ro 2014/05/0023](#)

AVG; Zurückweisung eines **Devolutionsantrags**; es kann der belangten Behörde nicht entgegengetreten werden, wenn sie beim ggst „geänderten“ Antrag die Angabe teilweise anderer Grenzpunkte sowie die Konkretisierung des Entschädigungsbegehrens festgestellt und, ausgehend davon, die Eingabe vom 15. Oktober 2012 als abweichend von jener vom 28. Februar 2012 beurteilt hat; es ist allerdings nicht ersichtlich, dass die **Antragsänderungen** die Sache ihrem Wesen nach geändert oder gar neue Anträge zum Gegenstand gehabt hätten

26.03.2015, [2012/11/0044](#)

Wr KrankenanstaltenG; bei der Akkreditierung eines **Gewebetypisierungslabors** bei der European Federation for Immunogeneticsso (**EFI-Akkreditierung**) handelt es sich um eine „nach den Erfahrungen der medizinischen Wissenschaft und nach den Erfordernissen für einen einwandfreien Krankenanstaltsbetrieb“ notwendige Bedingung nach dem ersten Satz des § 4 Abs 2 Wr KrankenanstaltenG, nicht jedoch um ein Kriterium für die **Bedarfsprüfung**; eine Bedarfsprüfung hat daher unabhängig von einer EFI-Akkreditierung stattzufinden

26.03.2015, [2012/11/0151](#)

PsychotherapieG; die zur selbständigen Ausübung der Psychotherapie geforderte erfolgreiche Absolvierung des **psychotherapeutischen Propädeutikums** ersetzt nicht die positive **Eignungsfeststellung**; auch wenn das psychotherapeutische Propädeutikum in anerkannten Ausbildungseinrichtungen zu absolvieren ist und die Anerkennung voraussetzt, dass die Vermittlung der Ausbildungsziele durch die jeweilige Einrichtung gewährleistet ist, wird nicht schon durch die Absolvierung des psychotherapeutischen Propädeutikums die Eignung nachgewiesen

26.03.2015, [2013/11/0242](#)

Sbg KrankenanstaltenG; Zweck der **Bedarfsprüfung für selbständige Ambulatorien** ist es, dass ein neuer Anbieter medizinischer Leistungen in Form einer Krankenanstalt erst auf den Markt treten soll, wenn das mit öffentlichen Mitteln finanzierte Leistungsangebot ausgelastet ist; eine Bedarfsprüfung eines neuen Leistungsanbieters kann unterbleiben, wenn es um medizinische Leistungen geht, die von bestehenden Anbietern ohnehin nicht unter Verwendung öffentlicher Mittel angeboten werden

27.03.2015, [2013/06/0018](#)

Stmk BauG; Antrag auf Bewilligung für den Zu- und Umbau einer bestehenden Wohnung inklusive Dachterrasse; div Einwendungen der Nachbarn; den Bf wurden die Stellungnahmen des Amtssachverständigen vom 5. Juli 2012 und die ergänzende Stellungnahme der R GmbH & Co KG vom 6. Juli 2012 nicht zur Kenntnis gebracht, obwohl sich die belangte Behörde im angefochtenen Bescheid auf beide Stellungnahmen stützt, weshalb das Ermittlungsverfahren mangelhaft war

27.03.2015, [Ra 2015/02/0009](#)

VStG; ein „**reumütigen Geständnis**“ vor der Bezirkshauptmannschaft ist **kein Milderungsgrund** iSd § 19 Abs 2 VStG iVm § 34 Abs 1 Z 17 StGB, wenn der Täter im Zuge seiner Anhaltung auf frischer Tat betreten wurde, denn selbst ein **beim Betretenwerden auf frischer Tat** abgegebenes reines Tatsachengeständnis ist kein Milderungsgrund

C. Verwaltungsgerichte

LVwG Tir 26.01.2015, [LVwG-2015/35/0120-1](#)

VO (EG) 1049/2001; Antrag auf Herausgabe eines Schreibens der Europäischen Kommission zu einem Vertragsverletzungsverfahren; aufgrund des Antrags auf Herausgabe eines im Besitz eines Mitgliedstaats befindliches Dokument eines Unionsorgans ist vom Mitgliedstaat das betreffende Unionsorgan zu konsultieren oder der Antrag an dieses Organ weiterzuleiten, es sei denn, es ist klar, dass das Dokument verbreitet werden muss bzw nicht verbreitet werden darf; ein Mitgliedstaat kann aber aus der Sicht des LVwG keinesfalls davon ausgehen, dass die Kommission in jedem Einzelfall zwingend den **Zugang zu Dokumenten eines Vertragsverletzungsverfahrens** verweigern muss bzw verweigern wird

LVwG Tir 02.02.2015, [LVwG-2015/26/0018-1](#)

VwGVG; erfolgt mit einer **Beschwerdevorentscheidung bloß eine Teilerledigung** einer Beschwerde, hat dies zur Konsequenz, dass das VwG nicht in der Lage ist, den Zweck des Vorlageantrags zu erfüllen, nämlich in Bezug auf die vorliegende Beschwerde eine vollständige Entscheidung vorzunehmen; insofern ist mit Behebung der bekämpften Beschwerdevorentscheidung vorzugehen

IV. Gerichtshof der Europäischen Union

A. Gerichtshof

[21.04.2015, Rs C-605/13 P, Anbouba / Rat](#)

Rechtsmittel – Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik – **Restriktive Maßnahmen** gegen die Arabische Republik **Syrien** – Maßnahmen gegen Personen und Organisationen, die von dem Regime profitieren – **Nachweis der Begründetheit** der Aufnahme in die Listen – Bündel von **Indizien**

[21.04.2015, Rs C-630/13 P, *Anbouba / Rat*](#)

Rechtsmittel – Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik – **Restriktive Maßnahmen** gegen die Arabische Republik **Syrien** – Maßnahmen gegen Personen und Organisationen, die von dem Regime profitieren – **Nachweis der Begründetheit** der Aufnahme in die Listen – Bündel von **Indizien**

[21.04.2015, Rs C-114/14, *Kommission / Schweden*](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – **Mehrwertsteuer** – Sechste Richtlinie 77/388/EWG – Richtlinie 2006/112/EG – Art 132 Abs 1 Buchst a und Art 135 Abs 1 Buchst h – **Befreiungen** – Öffentliche Posteinrichtungen – **Postwertzeichen** – Richtlinie 97/67/EG

[22.04.2015, Rs C-357/13, *Drukarnia Multipress*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Steuerrecht** – Richtlinie 2008/7/EG – Art 2 Abs 1 Buchst b und c – **Indirekte Steuern** auf die **Ansammlung von Kapital** – Unterwerfung unter die **Gesellschaftsteuer** – Kapitalzuführungen in eine Kommanditgesellschaft auf Aktien – Einstufung einer solchen Gesellschaft als Kapitalgesellschaft

[22.04.2015, Rs C-120/14 P, *Klein / Kommission*](#)

Rechtsmittel – Außervertragliche Haftung – Richtlinie 93/42/EWG – Art 8 und 18 – **Medizinprodukte** – **Untätigkeit der Kommission**, nachdem ihr eine Entscheidung über die Untersagung des Inverkehrbringens mitgeteilt worden war – Verjährungsfrist – **Hemmung der Verjährungsfrist** durch einen Prozesskostenhilfeantrag – Schutzklauselverfahren

[23.04.2015, Rs C-260/13, *Aykul*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2006/126/EG – **Gegenseitige Anerkennung der Führerscheine** – Weigerung eines Mitgliedstaats, die Gültigkeit eines Führerscheins anzuerkennen, der einer Person, die **unter dem Einfluss berauscher Mittel gefahren** ist, von einem anderen Mitgliedstaat ausgestellt worden ist

[23.04.2015, Rs C-382/13, *Franzen ua*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer** – Verordnung (EWG) Nr 1408/71 – Art 13 Abs 2 und Art 17 – **Gelegenheitsarbeit** in einem anderen Mitgliedstaat als dem Wohnsitzstaat – Anzuwendende Rechtsvorschriften – Ablehnung der Gewährung von **Kindergeld** und Kürzung der **Altersrente** durch den Wohnsitzstaat

[23.04.2015, Rs C-424/13, *Zuchtvieh-Export*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Landwirtschaft – Verordnung (EG) Nr 1/2005 – **Schutz von Tieren beim Transport** – Lange Beförderung von einem Mitgliedstaat in ein Drittland – Art 14 Abs 1 – Von der zuständigen Behörde des Versandorts vor langen Beförderungen durchzuführende **Kontrolle in Bezug auf Fahrtenbücher** – Anwendbarkeit dieser Bestimmung auf den **außerhalb des Gebiets der Europäischen Union** stattfindenden Beförderungsabschnitt – Anwendbarkeit der durch die Verordnung festgelegten Regeln auf diesen Beförderungsabschnitt

[23.04.2015, Rs C-635/13, *ALKA*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gemeinsamer Zolltarif** – Zolltariflichen Einreihung – Kombinierte Nomenklatur – Position 1207 – **Ölsamen** – Position 1209 – Samen zur Aussaat – Position 1212 – Samen der hauptsächlich zur menschlichen Ernährung verwendeten Art, anderweit weder genannt noch inbegriffen – **Einfuhr aus China** von rohen Kürbiskernen mit Schale

[23.04.2015, Rs C-16/14, *Property Development Company*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerwesen – Sechste Mehrwertsteuerrichtlinie – Art 11 Teil A – Zuordnung eines Gegenstands, der mit einer **Lieferung gegen Entgelt gleichgestellt** ist – Zuordnung eines Gebäudes zu einer **mehrwertsteuerbefreiten Tätigkeit** – Besteuerungsgrundlage für diese Zuordnung – Während der Errichtung des Gebäudes gezahlte **Fremdkapitalzinsen**

[23.04.2015, Rs C-38/14, Zaizoune](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts** – Richtlinie 2008/115/EG – Gemeinsame Normen und Verfahren im Bereich der **Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger** – Art 6 Abs 1 und 8 Abs 1 – Nationale Regelung, die vorsieht, dass im Fall eines illegalen Aufenthalts entweder eine **Geldbuße verhängt oder die Ausweisung angeordnet** wird

[23.04.2015, Rs C-96/14, Van Hove](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 93/13/EWG – **Missbräuchliche Klauseln – Versicherungsvertrag** – Art 4 Abs 2 – Beurteilung der Missbräuchlichkeit von Vertragsklauseln – Ausschluss von Klauseln, die den **Hauptgegenstand des Vertrags** betreffen – Klausel, die die **Übernahme der Zahlungsverpflichtungen** aus einem Hypothekendarlehensvertrag garantieren soll – Vollständige **Arbeitsunfähigkeit des Darlehensnehmers** – Ausschluss von der entsprechenden Garantie bei anerkannter Fähigkeit zur Ausübung einer bezahlten oder unbezahlten Tätigkeit

[23.04.2015, Rs C-111/14, GST – Sarviz AG Germania](#)

Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Richtlinie 2006/112/EG – **Grundsatz der Steuerneutralität** – Mehrwertsteuer-schuldner – **Irrtümliche Zahlung der Mehrwertsteuer** durch den Empfänger – Mehrwertsteuerpflichtigkeit des Dienstleistungserbringers – Ablehnung der Erstattung der Mehrwertsteuer an den Dienstleistungserbringer

[23.04.2015, Rs C-227/14 P, LG Display und LG Display Taiwan / Kommission](#)

Rechtsmittel – Wettbewerb – **Kartelle** – Art 101 AEUV und Art 53 EWR-Abkommen – **Weltmarkt für Flüssigkristallanzeigen (LCD) – Preisfestsetzung** – Geldbußen – Leitlinien für das Verfahren zur Festsetzung von Geldbußen (2006) – Ziff 13 – Bestimmung des Umsatzes – Gemeinschaftsunternehmen – Berücksichtigung der Verkäufe an die Muttergesellschaften – Mitteilung über den Erlass und die Ermäßigung von Geldbußen in Kartellsachen (2002) – Rn 23 Buchst b letzter Absatz – **Teilweiser Erlass der Geldbuße** – Beweise für tatsächliche Umstände, von denen die Kommission zuvor keine Kenntnis hatte

B. Schlussanträge

[22.04.2015, Rs C-126/14, Sveda \(GA Kokott\)](#)

Steuerrecht – Mehrwertsteuer – Art 168 der Richtlinie 2006/112/EG – Vorsteuerabzug für den **Erwerb und die Herstellung von Investitionsgütern** – Primäre Verwendung für nicht besteuerte Umsätze – Sekundäre Verwendung für besteuerte Umsätze

[23.04.2015, Rs C-21/14 P, Kommission / Rusal Armenal \(GA Kokott\)](#)

Rechtsmittel – Dumping – Einfuhren bestimmter **Folien aus Aluminium** mit Ursprung in Armenien, Brasilien und China – Art 2 Abs 7 der Verordnung (EG) Nr 384/96 – Vereinbarkeit mit dem **Antidumping-Übereinkommen** – Art 277 AEUV

[23.04.2015, Rs C-69/14, Târşia \(GA Jääskinen\)](#)

Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten, die die **Wiederaufnahme des Verfahrens** in Bezug auf dem Unionsrecht zuwiderlaufende rechtskräftige (gerichtliche) Entscheidungen in verwaltungsgerichtlichen, nicht jedoch in zivilgerichtlichen Verfahren erlauben – Antrag auf **Abänderung einer zivilgerichtlichen rechtskräftigen Entscheidung** zur Umweltsteuer auf Kraftfahrzeuge – Rechtskraft – **Grundsätze der Effektivität und der Äquivalenz** – Art 47 der Charta der Grundrechte

[23.04.2015, Rs C-95/14, UNIC und UNI.CO.PEL \(GA Sharpston\)](#)

Kennzeichnungspflicht mit der **Angabe des Warenursprungs** – Nationale Rechtsvorschriften, nach denen das Ursprungsland auf dem Etikett von im Ausland hergestellten Produkten genannt werden muss, die die italienischsprachigen Angaben ‚cuio‘, ‚pelle‘ oder ‚pelliccia‘ tragen – Verstoß gegen die **Verpflichtung zur Einhaltung einer Stillhaltefrist** im Zusammenhang mit einer nach der Richtlinie 98/34/EG notifizierten nationalen Maßnahme – Nichtdurchsetzbarkeit einer technischen Vorschrift in einem **Rechtsstreit zwischen Einzelpersonen** – Freier Warenverkehr – Art 34 AEUV – Maßnahmen gleicher Wirkung – Auslegung der Richtlinie 94/11/EG

23.04.2015, Rs C-110/14, Costea (GA Cruz Villalón)

Verbraucherschutz – Begriff des Verbrauchers im Sinne von Art 2 Buchst b der Richtlinie 93/13/EWG – Abschluss eines Kreditvertrags durch eine **natürliche Person, die den Anwaltsberuf ausübt** – Kredit, für den an einem im Eigentum der Anwaltskanzlei des Kreditnehmers stehenden Grundstück eine Hypothek bestellt wurde – Auswirkungen der Kenntnisse und des Berufs auf die Verbrauchereigenschaft – Bestimmung des Zwecks des Kredits – **Verträge mit doppeltem Zweck** im Sinne des 17. Erwägungsgrundes der Richtlinie 2011/83/EU – **Auswirkungen des akzessorischen Vertrags auf den Hauptvertrag**

23.04.2015, Rs C-172/14, ING Pensii (GA Wahl)

Wettbewerb – Absprachen – Modalitäten zur **Aufteilung der Kunden auf dem rumänischen Markt** für privat verwaltete obligatorische Pensionsfonds – Vorliegen einer „**bezweckten**“ **Wettbewerbsbeschränkung** im Sinne von Art 101 Abs 1 AEUV – Beeinträchtigung des Handels zwischen Mitgliedstaaten

C. Gericht

21.04.2015, Rs T-359/12, Louis Vuitton Malletier / OHMI - Nanu-Nana () und beige)

Gemeinschaftsmarke – Nichtigkeitsverfahren – Gemeinschaftsbildmarke, die ein **Schachbrettmuster in Braun und Beige** darstellt – Absolutes Eintragungshindernis – **Fehlende Unterscheidungskraft** – Keine durch Benutzung erlangte Unterscheidungskraft – Art 7 Abs 1 Buchst b und Abs 3 der Verordnung (EG) Nr 207/2009 – Art 52 Abs 1 und 2 der Verordnung Nr 207/2009

22.04.2015, Rs T-337/14, Rezon / OHMI - mobile.international (mobile.de proMotor)

Gemeinschaftsmarke – Nichtigkeitsverfahren – **Gemeinschaftswortmarke** mobile.de proMotor – **Ältere nationale Bildmarke** mobile – Zurückweisung des Antrags auf Nichtigerklärung – Art 165 Abs 4 Buchst b der Verordnung (EG) Nr 207/2009

V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

21.04.2015, Beschwerde Nr. 16632/09, *Danis und Association of ethnic Turks / Rumänien*

Verletzung von **Art 14 EMRK** (Diskriminierungsverbot) iVm **Art 3 1. ZP EMRK** (Recht auf freie Wahlen); Inkrafttreten eines neuen Gesetzes, das als Voraussetzung zur Ausübung des passiven Wahlrechts für Minderheitenvertretungen die Gemeinnützigkeit vorsieht, **sieben Monate vor den Parlamentswahlen**; bf Vereinigung konnte Aktivitäten nicht mehr rechtzeitig koordinieren, um zur Wahl antreten zu können; **Gesetzesänderung** zu einem Zeitpunkt, der nur derart kurze Vorbereitungszeit auf Wahlen ermöglicht, konventionswidrig

21.04.2015, Beschwerde Nr. 45892/09, *Junta Rectora Del Ertzainen Nazional Elkartasuna (ER.N.E.) / Spanien*

Keine Verletzung von **Art 11** (Versammlungsfreiheit) und/iVm **Art 14 EMRK** (Diskriminierungsverbot); **Streikverbot** für Mitglieder der **Polizeigewerkschaft**; **weiter Ermessensspielraum** der Staaten beim Eingriff in Versammlungsfreiheit von Vollzugsbeamten, da sie ermächtigt sind, Waffen zu tragen, und ihre Dienste der Allgemeinheit uneingeschränkt zur Verfügung stehen müssen; Eingriff zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gerechtfertigt

23.04.2015, Beschwerde Nr. 29369/10, *Morice / Frankreich*

Verletzung von **Art 6 Abs 1** (Recht auf ein faires Verfahren) und **Art 10 EMRK** (Recht auf freie Meinungsäußerung); Verurteilung des bf **Anwalts** wegen **Rufschädigung** aufgrund von seinen in einer Zeitung veröffentlichten Aussagen über die Absetzung von Untersuchungsrichtern im Todesfalls des Ehegattens seiner Mandantin; zwar **keine Gleichstellung** von **Journalisten** und Anwälten, allerdings wertende Aussagen auf fundierter Tatsachengrundlage im Rahmen der Grenzen der Meinungsäußerungsfreiheit, die eine Angelegenheit von öffentlichem Interesse betreffen

23.04.2015, Beschwerde Nr. [26690/11](#), *François / Frankreich*

Verletzung von **Art 5 Abs 1 EMRK** (Recht auf Freiheit und Sicherheit); **Polizeigewahrsam** sowie Ganzkörperdurchsuchung und Alkoholttest im Fall des bf Anwalts, der in seiner **Funktion als Anwalt** einen Minderjährigen auf der **Polizeidienststelle** unterstützt hatte, als Überschreitung der notwendigen Sicherheitsvorkehrungen; Verletzung des Rechts auf Freiheit und Sicherheit

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

Disclaimer

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Bau-recht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

Impressum

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Assoz. Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sebastian Mauernböck, Mag. Matthäus Schmied, Wiss.-Mit. Jakob Dietrich;

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.